

Inhaltsverzeichnis

I)	Einleitung	15
II)	Problemstellung und Gang der Untersuchung	16
III)	Der deutsche Rechtskreis	17
1)	Historie und Aufbau des deutschen Zivilrechts	17
2)	Gesetzliche Ausgangslage des materiellen Rechts	23
3)	Die Willenserklärung und ihre Abgabe	25
a)	Das Wesen der Willenserklärung	26
b)	Abgabe der Willenserklärung	27
4)	Entwicklung der Dogmatik zum Zugang der Willenserklärung	28
a)	Das Kriterium der Ab- und Anwesenheit	28
(1)	Intention des Gesetzgebers	28
(2)	Regelungen für den Zugang unter Anwesenden	30
(3)	Regelungen für den Zugang unter Abwesenden	31
b)	Der Zugangsbegriff des § 130 Abs. 1 S. 1 BGB	31
(1)	Historische Entwicklung und Intention des Gesetzgebers	32
(2)	Kenntnisnahme als Wirksamkeitsvoraussetzung für den Zugang	33
(3)	Möglichkeit der Kenntnisnahme	34
5)	Neuere Dogmatik zur (elektronischen) Übermittlung	37
a)	Problemaufriss	37
b)	Auffassung der Rechtsprechung und der herrschenden Meinung	39
c)	Andere Literaturansichten	42
(a)	Willenserklärung unter Anwesenden im Lichte neuer Kommunikationsmedien	45
(b)	Willenserklärung unter Abwesenden im Lichte neuer Kommunikationsmedien	47
d)	Gesetzesänderungen im deutschen Zivilrecht	47

6)	Zwischenergebnis zur Dogmatik in Deutschland.....	48
a)	Rechtliche Ausgangslage	48
b)	Standpunkt der herrschenden Meinung	49
c)	Neuere Literaturansichten.....	49
d)	Abschließende Betrachtung zum Zugang im materiellen Recht.....	50
7)	Das deutsche Zivilverfahrensrecht	52
a)	Historie und Aufbau des Zivilverfahrensrechts	52
b)	Der deutsche Zivilprozess und seine Beteiligten	53
c)	Übermittlung von Willenserklärungen in Form von Prozesshandlungen.....	55
(1)	§ 130 ZPO als einschlägige Norm	55
(2)	Unterschriftserfordernis für Wirksamkeit	55
(3)	Formgerechter Zugang durch elektrische Kommunikationsmedien ..	56
(4)	Zugangszeitpunkt durch elektrische Kommunikationsmedien.....	58
(5)	Formgerechter Zugang durch elektronische Kommunikationsmedien.....	59
IV)	Der österreichische Rechtskreis.....	59
1)	Historie und Aufbau des österreichischen Rechtssystems	59
2)	Gesetzliche Ausgangslage des materiellen Rechts.....	64
3)	Die Willenserklärung und ihr Wirksamwerden	65
4)	Der Zugang bei Verwendung neuer Kommunikationsmedien.....	67
a)	Kommunikation via Telefax	67
b)	Kommunikation via Email.....	68
c)	Kommunikation via Internet.....	70
5)	Das österreichische Zivilverfahrensrecht.....	70
a)	Historie und Aufbau des Zivilverfahrensrechts	70
b)	Der österreichische Zivilprozess und seine Beteiligten	73
c)	Übermittlung von Willenserklärungen in Form von Prozesshandlungen.....	74

V)	Der angelsächsische Rechtskreis.....	78
1)	Historie des englischen Rechtskreises	79
a)	Die Entwicklung des englischen Rechtssystems.....	79
b)	Schlüsselfaktoren bei der Entwicklung des Common Law.....	81
c)	Das System der writs.....	83
d)	Ausgestaltung des Case Law durch die Statutes und Equity.....	85
2)	Entwicklung materiellrechtlicher Ansprüche im Common Law	87
3)	Der englische Zivilprozess und die Beteiligten	88
a)	Das pre-trial Verfahren.....	88
b)	Das englische Hauptverfahren und seine Beteiligten.....	90
4)	Das Urteil des Gerichts in England.....	93
VI)	Komparativistik grundsätzlicher Rechtsfragen	94
1)	Allgemeines zur Rechtsvergleichung	94
2)	Ausgangslage für die Rechtsvergleichung.....	95
3)	Funktionale Sachfragen für die Rechtsvergleichung	96
VII)	Formelle Wirksamkeit der unverkörperten Übertragung.....	96
1)	Voraussetzungen für die wirksame Übertragung in Deutschland	97
a)	Übertragung zivilrechtlicher Willenserklärungen	97
(1)	Gesetzlich vorgeschriebene Form	98
(a)	Schriftform.....	98
(b)	Elektronische Form nach § 126a BGB	103
(c)	Textform nach § 126b BGB.....	104
(2)	Rechtsgeschäftlich vorgeschriebene Form.....	105
b)	Übertragung behördlicher und prozessualer Willenserklärungen	107
(1)	Übermittlung nicht bestimmender Schriftsätze.....	108
(2)	Übermittlung vorbereitender bzw. bestimmender Schriftsätze.....	108
(a)	Übertragung bestimmender Schriftsätze per Telefax	109
(b)	Übertragung bestimmender Schriftsätze per Computerfax	110
(c)	Übertragung als elektronisches Dokument	111

(3)	Übermittlung von Entscheidungen der Behörde an den Bürger.....	112
2)	Voraussetzungen für die wirksame Übertragung in Österreich	112
a)	Ausgangslage zur Übertragung zivilrechtlicher Willenserklärungen.....	112
(1)	Grundsatz: Schriftlichkeit bedeutet Unterschriftlichkeit.....	113
(2)	Verkehrsanschauung im Sinne des § 886 S. 3 ABGB.....	115
b)	Form und Formgebote im Lichte neuer Kommunikationsmedien.....	115
(1)	Ansicht der Rechtsprechung.....	115
(2)	Ansicht der Literatur.....	116
c)	Bürgerschaftserklärung und Garantieverprechen.....	117
(1)	Begründung der Rechtsprechung.....	117
(2)	Ansicht der Literatur.....	119
d)	Formzweck im österreichischen Recht	122
(1)	Schiedsvereinbarung nach §§ 583ff ABGB	123
(2)	Rekommandiertes Schreiben gemäß § 66 GmbHG.....	124
(a)	Beweisfunktion des § 66 GmbHG	125
(b)	Signalfunktion des § 66 GmbHG	126
(3)	Unterschrift zum Beweis der Ausstelleridentität.....	127
e)	Übertragung behördlicher und prozessualer Willenserklärungen.....	128
3)	Voraussetzungen für die wirksame Übertragung in England.....	130
a)	Formerfordernisse bei der Übermittlung von Willenserklärungen.....	130
b)	Übertragung zivilrechtlicher Willenserklärungen.....	132
c)	Übertragung behördlicher und prozessualer Willenserklärungen.....	133
VIII)	Zugangs- bzw. Kenntnisnahmefiktion.....	135
1)	Zeitpunkt des Zugangs in Deutschland	135
a)	Zeitpunkt des Zugangs im Privatrechtsverkehr	135
b)	Zeitpunkt des Zugangs bei öffentlichen Einrichtungen	141
2)	Zeitpunkt des Zugangs in Österreich	143
a)	Zeitpunkt des Zugangs im Privatrechtsverkehr	143

b)	Zeitpunkt des Zugangs bei öffentlichen Einrichtungen.....	145
3)	Zeitpunkt des Zugangs in England	146
IX)	Beweisbarkeit des Zugangs mittels Sende- oder Empfangsbestätigungen	148
1)	Die Beweislast in Deutschland, Österreich und England	148
2)	Die Beweisführung in Deutschland	149
a)	Beweisarten in Deutschland	150
(1)	Beweis	150
(2)	Anscheinsbeweis	151
(3)	Indizienbeweis.....	151
b)	Das Strengbeweisverfahren in Deutschland.....	152
(1)	Urkundenbeweis oder Augenscheinsobjekt	152
(2)	Beweiskraft elektronischer Dokumente	155
3)	Die Beweisführung in Österreich	156
4)	Die Beweisführung in England.....	157
a)	Persuasive burden of proof.....	158
b)	Evidential burden of proof.....	158
5)	Zwischenergebnis	160
X)	Beweiskraft maschinell erzeugter Bestätigungen	161
1)	Die Beweiskraft in Deutschland	161
a)	Ansichten der Rechtsprechung zur Kommunikation mit Behörden...	162
b)	Ansichten der Rechtsprechung zur Kommunikation im Privatrechtsverkehr	163
(1)	Bestätigung ist manipulierbar	166
(2)	Sendebericht ist mit dem Briefverkehr vergleichbar	168
(3)	Technische Störungen erschüttern inhaltliche Aussagekraft	169
(4)	Voraussetzung für den Zugang ist ein ordnungsgemäßer Ausdruck	169
(5)	Entscheidung anhand des Einzelfalls	170

c)	Ansichten der Literatur	171
(1)	Voraussetzungen eines Anscheinsbeweises sind erfüllt.....	174
(2)	Manipulationsrisiko ist als gering anzusehen.....	176
(3)	Höhere Übertragungssicherheit im Vergleich zum Briefverkehr....	178
(4)	Ausdruck der Mitteilung für den Zugang nicht erforderlich	179
(5)	Empfangs- und Lesebestätigungen bei der Kommunikation via Email.....	181
(a)	Manipulationsrisiko von Empfangs- und Lesebestätigungen	181
(b)	Zugang bedarf keines Ausdrucks beim Empfänger	182
2)	Die Beweiskraft in Österreich.....	183
a)	Argumente gegen einen Anscheinsbeweis von Übermittlungsbestätigungen	183
(1)	Vergleich mit der Post	183
(2)	Risiko der unleserlichen Übertragung	184
(3)	Fehler bei der Übertragung im öffentlichen Leitungsnetz.....	185
(4)	Risiko der Manipulation	185
(5)	Risiko der fehlerhaften Zurechnung	185
(6)	Risiko der Fehlbedienung und technische Risiken.....	185
b)	Argumente für einen Anscheinsbeweis von Übermittlungsbestätigungen	186
(1)	Manipulationsrisiko und Ausstelleridentität.....	186
(2)	Vergleich mit der Post	187
3)	Die Beweiskraft in England	187
a)	Manipulationsrisiko bei Sendebereichten.....	188
b)	Zurechnung von Handlungen der Erfüllungsgehilfen	188
c)	Pflichten bei der Eröffnung eines offiziellen Kommunikationsweges.....	189
XI)	Funktionsweise moderner Kommunikationsmedien	189
1)	Vom Morseapparat zum Fernschreiber	190

a)	Funktionsweise des Telex	193
b)	Funktionsweise des Telefax	194
2)	Vom Fernschreiber zur Email.....	197
a)	Funktionsweise der Email-Kommunikation.....	197
b)	Funktionsweise der Internet-Kommunikation.....	201
c)	Funktionsweise des Computerfax	201
3)	Zwischenergebnis zur technischen Funktionsweise	202
a)	Unmanipulierte Telefaxbestätigung bei direkter Übertragung.....	202
b)	Unmanipulierte Bestätigung bei digitaler Übertragung via Computerverbund.....	202
c)	Ausdruck bei unmanipulierter Bestätigung obsolet	203
XII)	Eigene Stellungnahme zum Beweis der unverkörpernten Übermittlung und des Schriftformerfordernisses	204
1)	Technische Risiken bei der Übertragung.....	205
a)	Analoge Übermittlung beim Telefax.....	205
b)	Digitale Übermittlung via Rechnernetze	205
2)	Manipulationsrisiko bei analoger und digitaler Übermittlung.....	206
a)	Analoge Übermittlung via Telefax.....	206
b)	Digitale Übermittlung via Rechnernetze	207
3)	Unverkörperte Übermittlung und Schriftformerfordernis	208
a)	Grundsätzliches Erfordernis der Unterschriftenform	209
b)	Unverkörperte Übermittlung der Bürgschaftserklärung.....	211
c)	Gleichsetzung der Schriftform mit der Unterschriftlichkeit.....	213
XIII)	Zusammenfassung und Ergebnis.....	213
1)	Ergebnis zum Schriftformerfordernis	213
2)	Ergebnis zum Anscheinsbeweis.....	216
a)	Formanpassungsgesetz im deutschen Rechtskreis	217
b)	Anscheinsbeweis im Einklang mit der E-Commerce-Richtlinie.....	218
XIV)	Einzelfragen	219

1)	Anwendbares Recht für den konkreten Einzelfall.....	219
a)	Die Normen des Internationalen Privatrechts	220
b)	Das UN-Kaufrecht (CISG)	220
c)	Das Frachtrecht (CMR)	223
2)	Wirksame Zustellung innerhalb der Europäischen Union	224
3)	Beweiswert gescannter Dokumente	225
4)	Pflicht zur Bereithaltung von Empfangsvorrichtungen?.....	226
5)	Pflicht zur Ausgangskontrolle.....	228
6)	Pflicht zur Eingangskontrolle.....	231
7)	Datenschutzrechtliche Bedenken gegen die Sendung von Eingangs- und Lesebestätigungen bei Emails?	231
a)	Eingangsbestätigungen	231
b)	Automatische Empfangsbestätigungen.....	232
c)	Lesebestätigungen.....	232
8)	Kompatibilitäts- und Update-Risiko	233
XV)	Fazit	234

ANHANG

Anhang A:Hypothesen.....	240
Anhang B:Amendment No 3 of the rules of the Supreme Court.....	242
Anhang C:Abkürzungsverzeichnis.....	246
Anhang D:Literaturverzeichnis.....	263
Anhang E:Verzeichnis der Gerichtsentscheidungen.....	281